

*Československo-polská jednání o konfederaci 1939–1944. Československé diplomatické dokumenty. Hrsg. v. Ivan Šťovíček in Zusammenarbeit mit Jaroslav Valenta.*

Historický ústav Armády České republiky, Praha 1994, 656 S. in 4 Heften.

*Czechoslovak-Polish Negotiations of [sic] the Establishment of Confederation and Alliance 1939–1944. Czechoslovak Diplomatic Documents. Hrsg. v. Ivan Šťovíček und Jaroslav Valenta.*

Vydavatelství Univerzity Karlovy/Historický ústav Akademie věd České republiky, Prague 1995, 449 S.

Zwei inhaltlich identische, nur sprachlich unterschiedliche Dokumentensammlungen sind zu beurteilen. Für die englische Ausgabe haben die Herausgeber einen Kompromiß gewählt: Die historische Einführung Valentas und die editorische Šťovíček wurden übersetzt, knappe englische Zusammenfassungen den Dokumenten in Originalsprache vorangestellt und auch die Verweise und Anmerkungen zu den einzelnen

Dokumenten übersetzt. Der Titel der englischen Ausgabe geht mit „Konföderation und Bündnis“ stärker auf das tschechische Verhandlungsziel ein, als die Überschrift „Konföderation“ der tschechischen Ausgabe.

Valentas historische Einführung liest sich wie ein weiteres Memorandum Edvard Beneš. Nicht mit einem einzigen Wort werden Verhandlungsziele und Vorgehensweisen der tschechoslowakischen Exilregierung kritisiert, nicht einmal deren Reaktion auf die Entdeckung der Massengräber bei Katyn oder Beneš Verhalten bei seinen Gesprächen mit Stalin und Molotov in Moskau im Dezember 1943. Dagegen verurteilt er die Ziele und Politik der polnischen Exilregierung. Für deren Motive und Probleme hat Valenta noch weniger Verständnis als ihre zeitgenössischen tschechischen Verhandlungspartner.

Großbritannien und bis zu seiner Kapitulation auch Frankreich drängten die Exilpolen und -tschechen zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Nachkriegskonföderation. Die Westmächte seien von der falschen Vorstellung ausgegangen, meint Valenta, daß die „Balkanisierung“ Ostmitteleuropas für das schnelle Vordringen Deutschlands verantwortlich gewesen sei, nicht ihre eigene Abwendung von der Verteidigung der Nachfolgestaaten seit der Konferenz von Locarno. Den Beitrag der Staaten des „Neuen Europa“ zu dieser Entwicklung erwähnt Valenta nicht, nämlich die fehlende Solidarität gegenüber den Flügelmächten und die heftigen nationalen Auseinandersetzungen um zum Teil kleine und kleinste Grenzgebiete. So nutzten in den Jahren 1920 und 1938 die Tschechoslowakei und Polen jeweils die Notlage des Nachbarn zu Gebietsgewinnen. Im Exil schien deshalb ein Neuanfang nötig und möglich. Sikorski war dazu umso leichter bereit, als er in den Jahren 1926 bis 1938 keine politische Rolle gespielt hatte: Schon im ersten Gespräch mit Beneš verurteilte er die Tschechoslowakei-Politik Pilsudskis und der Sanacja. Beneš hatte dagegen die Außenpolitik seines Landes seit 1918 ohne Unterbrechung bestimmt und ließ nicht den leisesten Zweifel an der Berechtigung aller seiner Schritte gegenüber Polen zu (siehe u. a. Dok. 71).

Die polnische Exilregierung war an einer Konföderation beider Staaten durchgängig stärker interessiert als ihr tschechoslowakischer Partner. Die Pläne konnten an Vorbilder in der Geschichte Polens anknüpfen. Allenfalls in Verbindung mit der Tschechoslowakei, möglichst auch mit Litauen, konnte Polen ein Gegengewicht gegen Rußland bilden, wenigstens einen Teil der sowjetisch besetzten Gebiete zurückgewinnen und die gefürchtete Sowjetisierung verhindern. Valentas Behauptung, daß die polnische Exilregierung „rigoros“ auf der Wiederherstellung der 1921 in Riga gezogenen Grenze bestanden habe, stimmt weder mit dem Forschungsstand überein, noch wird sie von den abgedruckten Quellen bestätigt (vgl. Dok. 21, 23, 25, 34, 117 u. a.). Auf Wilna und Lemberg konnte aber auch die ehemalige Opposition gegen Pilsudski und die Sanacja, die jetzt die Exilregierung dominierte, nicht verzichten. Die Sowjetunion war jedoch zu keinerlei Kompromiß in der Frage ihrer Westgrenzen bereit.

Durch die Dokumentensammlung möchte Valenta der „Verzerrung besonders der tieferen Beweggründe“ der tschechoslowakischen Regierung entgegenwirken. Diese ließ sich auf die Verhandlungen über eine Konföderation ein, wie Fierlinger im Oktober 1940 treffend bemerkte, da die Engländer drängten und sie im Falle von Friedensverhandlung „nicht allein dastehen“ wollte (Dok. 27). Beneš betonte immer wieder,

daß die Tschechoslowakei einer Konföderation als „Ganzes“ beitreten müsse. Dies erscheint Valenta auch nach der inzwischen erfolgten Trennung von den Slowaken als „banale Selbstverständlichkeit“. Vor allem aber hob Beneš stets die „Russophilie“ und die angebliche Immunität der Tschechen gegenüber dem Kommunismus hervor und sprach sich gegen die Wiederherstellung der Rigaer Grenze aus. In bezug auf das umstrittene Teschener Gebiet war er zeitweise zu einem kleinen Zugeständnis bereit, nämlich der Abtretung von Freistadt/Fryštát (Dok. 26). Kompromisse wurden aber auch von polnischen Politikern angeboten, worauf Valenta in seiner Einleitung nicht eingeht. Der Sozialist Adam Pragier z. B. schlug vor, die beiden Grenzregelungen von 1920 und 1938 für ungültig zu erklären und anschließend eine ethnographische Grenze zu ziehen (Dok. 49), und der polnische Botschafter Tarnowski war der Meinung, die Konföderationspartner könnten das Teschener Gebiet als Kondominium verwalten (Dok. 88).

Die Deklaration beider Regierungen vom 19. Januar 1942, nach dem Kriege die Bildung einer Konföderation anzustreben, stieß sofort auf sowjetische Kritik. Alexander Bogomolov, der sowjetische Botschafter bei den Exilregierungen, bombardierte die tschechoslowakischen Exilpolitiker in zahlreichen in der Sammlung dokumentierten Gesprächen mit Einwänden gegen den Konföderationsplan, bis er schließlich am 15. Juli 1942 Jan Masaryk offiziell mitteilte, daß seine Regierung sowohl die polnisch-tschechoslowakische wie auch jede andere Föderation ablehne. Nur wenn Polen sich mit Rußland einige, d. h. eben auch, nur wenn die polnische Regierung auf die sowjetischen Gebietsforderungen eingehe, gebe es Chancen zur Verwirklichung des Konföderationsplans, erklärte Beneš seinen polnischen und sowjetischen Gesprächspartnern. Als Ausweg aus der Sackgasse bot er im November 1942 den Abschluß eines Beistandsvertrages beider Staaten gegen Deutschland an, verlangte dafür aber von den Polen einen Verzicht auf das Teschener Gebiet (Dok. 150). Im Januar 1943 lehnte die Sowjetregierung jedoch auch diesen Vorschlag ab. Als die Sowjetunion nach der Entdeckung der Leichen polnischer Offiziere bei Katyn und dem polnischen Untersuchungsantrag an das IRK die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Regierung abbrach, beeilte sich ihr bisheriger Verhandlungspartner, die Gespräche über eine Konföderation auch öffentlich für unterbrochen zu erklären, und übernahm der Staatsrat, das tschechoslowakische Exilparlament, im Streit um Katyn die sowjetische Position.

Die Herausgeber haben alle zur Zeit innerhalb der Tschechischen Republik verfügbaren Bestände ausgewertet, nämlich das sog. Londoner Archiv Benešs, die Nachlässe Smutnýs, Klecandas und Ripkas, die Akten des Präsidiums des Ministerrats, Außenministeriums und Staatsrats des Exils. Nur zehn der 208 abgedruckten Dokumente wurden aus früheren Veröffentlichungen übernommen. Wiedergegeben werden Protokolle und Vermerke über Gespräche auf verschiedenen Ebenen, sodaß ein dichtes Bild der tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen während des Krieges entsteht. Št'ovíček nennt allerdings eine ganze Reihe von Gesprächen, über die er keine Aufzeichnungen gefunden habe. Schließlich haben die Herausgeber aus Benešs unveröffentlichten Memoiren jenen Teil über die Verhandlungen mit Polen abgedruckt sowie eine Karte, auf der Stalin und Beneš während ihrer Verhandlungen im Dezember 1943 die Vorschläge zur Revision der Vorkriegsgrenzen Polens und der Tschechoslowakei eingetragen hatten.

Die Herausgeber haben in einigen wenigen Fällen versäumt, unklare Aussagen der Dokumente zu erläutern, wie z. B. „lateinische Union“ (S. 39) oder „ungarische Organisation B. C. D.“ (S. 42). Auch werden Hinweise auf andere Quellen nicht immer erklärt: So bleibt z. B. offen, was auf der „Seite 14“ eines Berichts von Papée steht (S. 35), wann „unsere letzte Diskussion“ stattgefunden (S. 51) oder was Beneš in Aberdeen gesagt hat (S. 164). Hinweise auf parallele, auch veröffentlichte polnische Dokumente fehlen völlig. Ein Personenregister erschließt den Bestand.

Die Sammlung kann auch als Fundgrube für das antipolnische Geschichtsbild zumindest des tschechischen Exils genutzt werden und erklärt, warum ein Neuanfang im Exil auch ohne sowjetischen Einspruch kaum möglich war.